



Resolution der Vollversammlung der IHK zu Coburg: Sofortmaßnahmen gegen hohe Strom- und Energiepreise einleiten – Energieversorgung nachhaltig sichern

Die Coburger Wirtschaft benötigt in erster Linie Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Energiepreise! Dazu sind dringend kurzfristige Maßnahmen zur Entlastung der Unternehmen sowie strukturelle Maßnahmen erforderlich, welche die Energieversorgung nachhaltig sichern, die Unabhängigkeit stärken und unseren Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig halten. Außerdem benötigt die Wirtschaft langfristige Planungssicherheit für Investitionen zur Umstellung energie- und emissionsintensiver Industrieprozesse auf energieeffiziente, klimaverträgliche Verfahren.

Unstrittig bleibt, dass die Erneuerbaren Energien, Speicher und Power-to-X-Anlagen umgehend weiter ausgebaut werden müssen, um Abhängigkeiten zu senken. Hierfür muss die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Es muss jetzt kurzfristig und intensiv mit dem Ziel der jederzeitigen Absicherung der Versorgungssicherheit ideologiefrei und auf Basis aktueller Kenntnisse aus Wissenschaft und Technik geprüft werden, wie alle bestehenden konventionellen Stromerzeugungstechnologien länger genutzt werden können und die Erschließung heimischer Energieressourcen wie Schiefergas oder (Tiefen-)Geothermie vorangetrieben werden kann. In diesem Zusammenhang ist auch eine Verlängerung der Nutzung der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke kurzfristig zu prüfen und in der Gesellschaft breit zu diskutieren.

Die aktuell historisch hohen Strom- und Energiepreise bedrohen die gewerbliche Wirtschaft im IHK-Bezirk Coburg, der sich durch seinen weit überdurchschnittlichen Industriebesatz und starke internationale Ausrichtung auszeichnet, in der Existenz. Insbesondere für die Betriebe der energieintensiven Branchen wie der Keramik- und Kunststoffindustrie, der Rohstoffgewinnung und der Lebensmittelerzeugung hat sich die Situation, nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, im Vergleich zu 2021 dramatisch verschärft. Auch in der Logistik und bei Mobilitätsdienstleistern ist die Lage bedrohlich. Ein Energie-Embargo gegenüber Russland würde die aktuell bereits schwierige Situation nochmals deutlich verschlechtern. Insbesondere auf zuverlässige Gaslieferungen bleibt die Industrie kurz- und mittelfristig angewiesen. Ein entsprechendes sofortiges Embargo mit un kalkulierbaren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft ist deshalb dringend zu vermeiden. Die Energiepreissteigerungen können kurzfristig nicht abgedeckt oder an Kunden weitergegeben werden. Bessert sich die Lage nicht, drohen Schließungen oder Verlagerungen von Unternehmen in Länder mit niedrigeren Energiepreisen – und damit der Verlust von vielen Arbeitsplätzen in der Region. Was wir benötigen sind wettbewerbsfähige Energiekosten im innereuropäischen wie internationalen Vergleich. Hierauf muss die Politik jetzt mit konkreten Maßnahmen reagieren!

Die hohen Preise sind nicht nur getrieben durch die schon länger andauernden Spannungen in Osteuropa: Neben den hohen Kosten für CO₂-Zertifikate im europäischen Emissionshandel sorgen eine stark gestiegene internationale Gasnachfrage und sich daraus ergebende hohe Beschaffungskosten der Kraftwerke für die hohen Strompreise. Durch die niedrigen Füllstände der Gasspeicher sowie die Aussetzung der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 wären, unabhängig vom Angriff auf die Ukraine, die Gaspreise und in der Folge auch die Strompreise absehbar auf diesem Niveau geblieben.

Mit der Übernahme der Finanzierung der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt bereits zum 1. Juli 2022, wie von den IHKs gefordert, hat die Bundesregierung eine gewisse Entlastung vorgenommen, der nun weitere tiefgreifende Maßnahmen folgen müssen. Das „Maßnahmenpaket des Bundes zum Umgang mit den hohen Energiekosten“ entlastet Bürgerinnen und Bürger, nicht aber spürbar unsere Mitgliedsunternehmen. Die Vollversammlung der IHK zu Coburg fordert daher:



Kurzfristige Maßnahmen

1. **Stromsteuer und Energiesteuer auf Kraftstoffe nachhaltig auf das europäische Mindestmaß absenken.** Allein die Absenkung der Stromsteuer von 2,05 auf 0,05 ct/kWh würde die Wirtschaft um ca. 3 Mrd. Euro entlasten. Gleichzeitig würden die Unsicherheiten über eine Verlängerung des Spitzenausgleichs über 2022 hinaus direkt beseitigt. Weitere Entlastung bringt eine dauerhafte Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe (35 Cent für Benzin und knapp 17 Cent bei Diesel), die insbesondere den Unternehmen der Logistikbranche wieder etwas Luft zum Atmen verschafft.
2. **Weitere Umlagen neben der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt bestreiten:** Mit der Übernahme der weiteren Umlagen (§19 StromNEV-, Offshore-Netz-, AbLaV- und KWK-Umlage) in den Staatshaushalt würde die Wirtschaft um mehr als 1 Mrd. Euro und durch den Wegfall zusätzlicher Bürokratie entlastet werden.
3. **Entlastung von Energieverbräuchen im Bereich Prozessenergie:** Für Industrie und Gewerbe mit einem besonders hohen Anteil an Prozessenergiebereitstellung ist zur Sicherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zum Erhalt regionaler Industriestrukturen die CO₂-Bepreisung sachbezogen zu minimieren und anzupassen und bei extremen Preissteigerungen für Energie vorübergehend auszusetzen. Außerdem sollten aus den gleichen Gründen die Prozessenergiepreise auf einen Durchschnittsbezugspreis der Jahre 2020/2021 gedeckelt werden.

Strukturelle Maßnahmen

4. **Abhängigkeiten bei fossilen Energieträgern reduzieren, Speicher- und Abschaltpotenziale nutzen:** Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine müssen insbesondere unverzüglich zusätzliche Lieferquellen für Erdgas (insbesondere innereuropäisch, u. a. Norwegen, Niederlande, Großbritannien) und Flüssigerdgas (LNG) erschlossen werden.
5. **Strom- und Gasinfrastruktur stärker europäisch vernetzen:** Der europäische Strom- und Gasbinnenmarkt erhöht die Versorgungssicherheit und reduziert die Kosten für die Energieversorgung der Wirtschaft.
6. **Hochlauf des Wasserstoffmarkts:** Die Umstellung der Wirtschaft auf Treibhausgasneutralität gelingt dann, wenn große Mengen an gespeicherter Energie in Form von Wasserstoff und darauf aufbauenden Energieträgern zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen. Dafür sollten neben Förderbedingungen rasch Infrastruktur-, Zertifizierungs- und Importfragen geklärt werden, um einen liquiden Markt zu entwickeln.

Coburg, 25. April 2022

Industrie- und Handelskammer zu Coburg

Dr. Andreas Engel
Präsident

Siegmund Schnabel
Hauptgeschäftsführer